

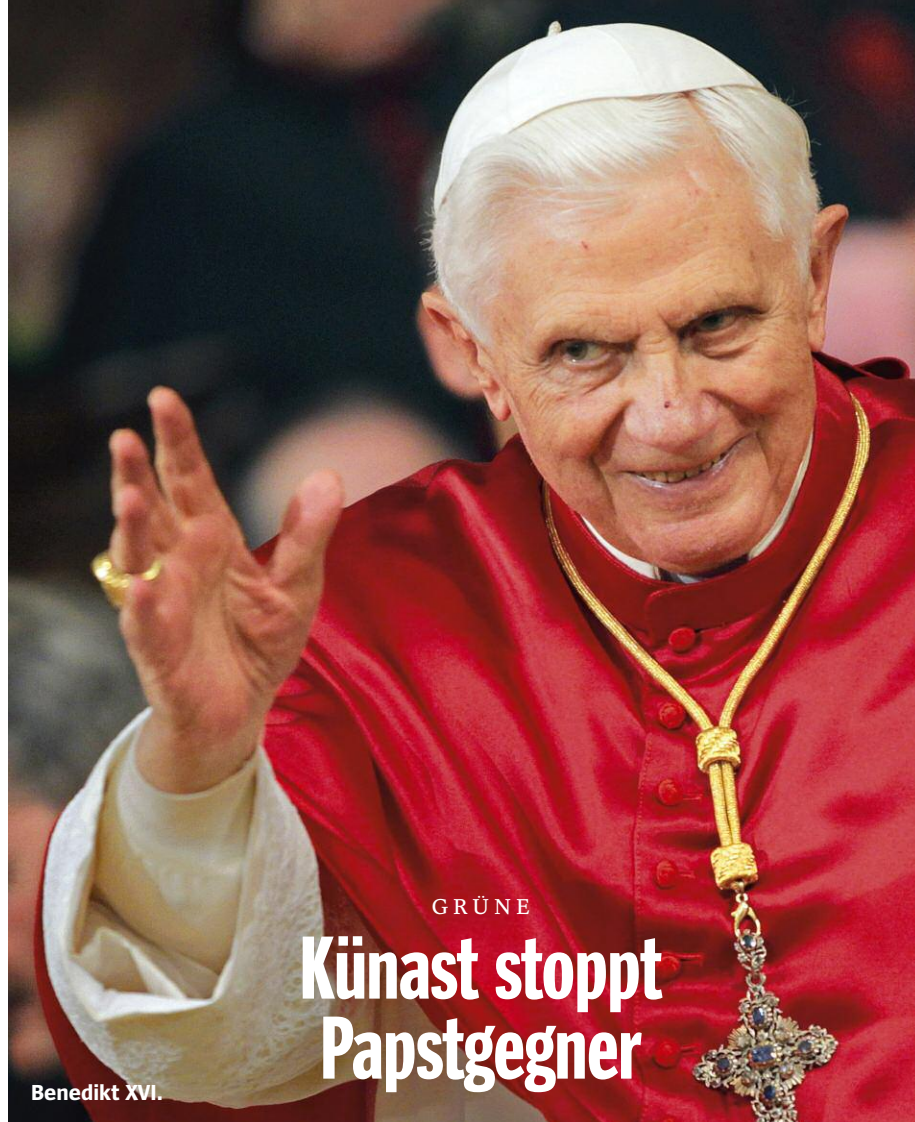
FINANZKRISE

CDU-Streit um Euro-Bonds

Mit ihrem kategorischen Nein zu gemeinsamen Euro-Anleihen, den sogenannten Euro-Bonds, stößt Bundeskanzlerin Angela Merkel in den eigenen Reihen auf Widerstand. Der saarländische CDU-Ministerpräsident Peter Müller sagte, er könne sich derartige Anleihen durchaus vorstellen. „Es kommt darauf an, wie man diese gestaltet.“ Durch entsprechende Bedingungen könne das Zinsrisiko begrenzt und dafür gesorgt werden, dass disziplinierende Wirkungen auf die Haushaltsgestaltung damit verbunden seien. Auch Finanzminister Wolfgang Schäuble hält die Euro-Bonds unter bestimmten Bedingungen für sinnvoll. Der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker hatte solche Gemeinschaftsanleihen zur Rettung finanzschwacher EU-Staaten ins Gespräch gebracht. Merkel ist strikt dagegen. Inzwischen wachsen aber auch in der Unionsfraktion die Zweifel, ob der bislang geplante Euro-Rettungsschirm ausreicht. Die SPD hat mittlerweile eine gemeinsame Linie zum Thema Euro-Bonds gefunden. Zunächst hatte Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier Verwunderung bei Parteichef Sigmar Gabriel und Ex-Finanzminister Peer Steinbrück ausgelöst, weil er in einem Interview gesagt hatte, er sehe derzeit „keine Chance“ für Euro-Bonds. Gabriel und Steinbrück dagegen waren für die Anleihen. Nach einer internen Klärung korrigierte sich Steinmeier dann via „Bild“ und schloss Euro-Bonds nicht mehr aus: Sie seien „ein Werkzeug, aber noch keine Politik“.



Schäuble



GRÜNE

Künast stoppt Papstgegner

Benedikt XVI.

Grünen-Fraktionschefin Renate Künast hat das anfängliche Nein ihrer Fraktion zu einer Papstrede im Bundestag kassiert. „Der Papst ist eingeladen, das ist in Ordnung so“, sagt sie. „Da gehen wir hin, und zwar respektvoll.“ Damit korrigiert Künast ihren Parlamentarischen Geschäftsführer Volker Beck, der noch am Freitag namens der Bundestagsfraktion beharrt hatte: „Einvernehmen für die Einladung des Bundestages an den Papst, vor dem deutschen Parlament zu sprechen, gab es mit uns

nicht.“ Begründet hatte Beck die Ablehnung damit, dass Benedikt XVI. homophob sei. „Der Papst hält mich für ‚objektiv ungeordnet‘, so viel zur Toleranz des Papstes gegenüber Schwulen und Lesben“, sagte Beck. Das grüne Nein war nicht nur von der CDU, sondern auch parteiintern kritisiert worden. Künast plädiert nun dafür, nach Benedikt XVI. auch anderen Glaubensführern Rederecht im Bundestag einzuräumen: „Uns liegt am Herzen, alle Religionsgemeinschaften gleich zu behandeln.“

WIKILEAKS

Gysis Nato-Taktik

Auch Linken-Chef Gregor Gysi gerät durch eine Depesche von US-Botschafter Philip Murphy in Bedrängnis: Gysis Einschätzungen zur Nato-Mitgliedschaft Deutschlands, die Murphy nach einem Gespräch mit dem Politiker in die Heimat sandte, dürften in seiner Partei für Diskussionen sorgen. Offizielle Linie der Linken ist bislang die Forderung nach einem Ersatz

des Bündnisses durch ein Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands. Im November vergangenen Jahres erläuterte Gysi – dem Dokument zufolge „gesellig und in Plauderlaune“ – dem US-Botschafter bei einem Besuch, die Forderung der Linken nach Abschaffung der Nato sei in Wirklichkeit ein Weg, den gefährlicheren Ruf nach einem Rückzug Deutschlands aus dem Bündnis zu verhindern. Für eine Auflösung der Nato sei ja die Zustimmung der USA, Frankreichs und Großbritanniens nötig. Und das sei unrealistisch.

Linke Realos fürchten nun, dass nach Bekanntwerden von Gysis Äußerungen die Fundis in den eigenen Reihen wieder auf Deutschlands Austritt aus der Allianz drängen würden. Gysi selbst kann sich an den genauen Wortlaut des Gesprächs nicht erinnern, vermutet aber Übersetzungsfehler, da „das Gespräch auf Deutsch geführt wurde“. So sei die Behauptung in dem Dokument, er habe gegenüber dem Botschafter geprahlt, allein für den bundesweiten Erfolg der Linken verantwortlich zu sein, „auf jeden Fall falsch“.